

# RATHAUSREPORT

14. Jahrgang

35. Stadtverordnetenversammlung vom 4. April 2007

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.PDS Potsdam 3/07

► Hartz IV ► Garagen ► Freizeitbad

*Herzliche Einladung!*

*Aber bitte keine Geldgeschenke zur Jugendweihe!*



## Hartz-IV-Wirrungen soll kein Thema in der StVV sein

Bündnis 90/Die Grünen für Nichtbefassung

Die Linksfraktion wollte erreichen, dass sich die StVV gegen die Benachteiligung von Hartz-IV-betroffenen Kindern ausspricht. Dazu sollte der Oberbürgermeister mit einem eindeutigen Votum der StVV beauftragt werden, sich für eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg stark zu machen, die eine Korrektur des § 11 des Sozialgesetzbuches II dahingehend bewirken sollte, dass Geldgeschenke zur Jugendweihe, Konfirmation und Erstkommunion als zweckbestimmte Einnahmen anzusehen sind und anrechnungsfrei bleiben müssen. Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung wollten die Sozialisten erreichen, dass die Stadtverordnetenversammlung den Bundesarbeitsminister und die Bundesarbeitsagentur auffordern, die interne Dienstanweisung zum SGB II unverzüglich zu ändern und eine Übergangsregelung im Sinne der Betroffenen zu schaffen, damit Geldgeschenke zu o. g. Anlässen anrechnungsfrei bleiben.

Dass sich gerade an diesem Thema die Geister scheiden, war verblüffend. Ging es doch um ein klares Bekenntnis für eine

gerechte Lösung des Problems. Noch verblüffender war, dass gerade Bündnis 90/Die Grünen nicht mit diesem Thema behelligt werden will. Das Thema gehöre nicht in die StVV, dies sei Gegenstand der politischen Willensbildung und obliege den politischen Parteien. Und wegen mangelndem Vertrauen in die bessere Einsicht des Antragstellers forderte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen mit fadenscheinigem Verweis auf die Geschäftsordnung der StVV eine Abstimmung über die Nichtbefassung mit diesem Thema.

Nach einer von der Präsidentin verlangten Auszeit wurde zunächst einmal klar gestellt, dass ein Nichtbefassungsantrag gestellt werden kann. Es gäbe jedoch keinen Grund dafür, dass eine Stadtverordnetenversammlung sich nicht zu einem solchen Thema bekennen dürfe. Um den Streit darüber im Plenum nicht weiter ausufern zu lassen, wurde der Antrag in die Ausschüsse überwiesen. Was die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genau dazu zu sagen hatte, kann im Wortprotokoll der StVV nachgelesen werden.



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser, als Vorboten des Kommunalwahlkampfes im kommenden Jahr diffamierte ein CDU-Stadtverordneter in der April-Stadtverordnetenversammlung die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen SPD und Linksfraktion beim Thema Garagen in Potsdam. Damit offenbarte sich einmal mehr, dass die CDU dieses brisante Thema nach wie vor verkennt. Nachdem die LINKE ohne Zutun der SPD und auch gegen deren Widerstand eine ganze Reihe von Garagenteilschaften dauerhaft sichern konnte, hat die SPD dieses Thema jetzt auch für sich erkannt. Das ist erfreulich, denn noch immer ist für ca. 3.500 Garagen,



die sich auf städtischen Grundstücken befinden, die Perspektive ungewiss. Nun will die SPD, dass der Oberbürgermeister ein Garagenstandortkonzept vorlegt, welches ähnlich dem Kleingartenentwicklungskonzept eine verbindliche Grundlage für die Zukunft der Garagenkomplexe bilden soll. Die Sozialdemokraten waren allerdings nicht bereit, der Intention der Linksfraktion zu folgen, dieses Konzept mit dem Ziel der Sicherung der Standorte erarbeiten zu lassen. Damit offenbarten sie ihr unumwandeltes Verwertungsinteresse für diese Flächen. Spätestens bei der Entscheidung über die 800 Garagen am Schäferfeld, für deren Erhalt sich die Linksfraktion stark macht, werden sich die Geister scheiden. Dennoch konnten wir einen Teilerfolg erringen, denn unser Änderungsantrag, wonach das Garagenkonzept »verbindliche Regelungen zur langfristigen Sicherung bestehender Nutzungsverträge« enthalten soll, fand eine Mehrheit. Sie können sicher sein, dass wir bei diesem Thema nicht locker lassen. Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL



**im April 2007  
Von Juliane Nitsche**

## Eine vertane Chance

Es ist eigentlich nicht nachvollziehbar, warum der Kulturausschuss, der Bauausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sich so energisch gegen den Prüfauftrag der PDS ausspricht. Der Antrag unserer Fraktion verlangt nicht mehr und nicht weniger als zu prüfen, ob das Fachhochschulgebäude am Alten Markt als Museumsstandort geeignet ist. Dieser Standort birgt etliche Reize. Das Gedächtnis der Stadt, als solches sollte sich ein Museum verstehen, würde in der Potsdamer Mitte präsent sein, in direkter Nachbarschaft mit dem Alten Rathaus/Potsdam Forum und dem neuen Landtag. Die Potsdamer Geschichte wäre so auf unterschiedlichsten Ebenen erlebbar. Die städtebauliche Diskussion zur Gestaltung des Alten Marktes konnte endlich inhaltlich geführt werden und weiter greifen, als nur die Sicht auf das neue Landtagsgebäude. Zwei Standorte sind zur Zeit im Prüfverfahren, das Alte Rathaus und das Brocksche Haus. Die Ergebnisse wurden im Kulturausschuss vorgestellt. Meine bisherigen Bedenken, dass dem Potsdam-Museum und dem Potsdam-Forum im Alten Rathaus zu wenig Raum für die weitere Entwicklung und Profilierung ihrer Konzepte gegeben ist, wurden durch die Prüfergebnisse bestätigt. Der Kulturausschuss arbeitet zur Zeit an dem »Kulturpolitischen Konzept« für die Landeshauptstadt. Dazu wurden mehrere »Runde Tische« berufen. Ich arbeite am Runden Tisch 1 – Kulturelles Gedächtnis, Museen, Sammlungen – mit, an dem die Handlungsfelder diskutiert und erarbeitet werden. Der vorgeschlagene Prüfauftrag unserer Fraktion hätte weitere Denkansätze in dieses Verfahren bringen können. Schade!

*Die Autorin ist u. a. Mitglied im Kulturausschuss der StVV*

## Historisches

Wolfgang Grittner erläuterte den Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, für das historisch bedeutende Lindendorfell auf dem Hasselberg im Ortsteil Marquardt, die Anerkennung als Naturdenkmal einzuleiten und dessen Bestand zu sichern. Auf dem höchsten Punkt des 52,2 m hohen Hasselberges bilden sieben alte und hohe Linden ein deutlich erkennbares Rondell von ca. 20 m Durchmesser. Aus Berichten und Veröffentlichungen ist belegt, dass sich Ende des 18. Jahrhunderts auf diesem Berg ein Teehaus mit Aussichtsturm befand. König Friedrich Wilhelm II. besuchte dieses Rondell im September 1796. Dazu ist nachzulesen: »Es sollte auf dem Hasselberg, von dem aus man 14 Dörfer sehen konnte und wo ein Teehaus stand, der Tee genommen werden. So geschah es. Am Abend wurde der Park erleuchtet und der König fuhr mit seinen Gästen befriedigt heim.«

Der OUL-Ausschuss wird sich mit diesem Thema beschäftigen.

## Budget für Bürgerinitiativen

Ob die Landeshauptstadt künftig ein Budget für die Bürgerinitiativen einrichtet, wird der Hauptausschuss abschließend klären. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte diesen Antrag seiner Fraktion damit begründet, dass die Linksfraktion »stabilen und mit vielen Themen befassten Bürgerinitiativen« ihre Arbeit anerkennen möchte. Es gehe dabei nicht um punktuell zusammenwirkende Bürgerinitiativen, sondern um diejenigen, die sich komplex um die Probleme ihres Stadtteiles kümmern, so Scharfenberg. Mittel für bürgerschaftliches Engagement wären »gut angelegtes Geld«. Es liegt in der Verantwortung der Stadt, diese Gremien ähnlich wie die Ortsbeiräte zu stabilisieren, so der Fraktionsvorsitzende. Und warum soll im Übrigen in Potsdam nicht Ähnliches angestrebt werden, wie in Cottbus.

## Öffentliches

Ob der Oberbürgermeister, wie von der Fraktion DIE LINKE.PDS beantragt, auf der Grundlage der bis Ende 2006 aktualisierten Bestandsaufnahme der Kunst im öffentlichen Raum die Voraussetzungen für eine Veröffentlichung dieser Übersicht schafft und ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung der festgestellten Sanierungsaufgaben erarbeiten lässt, um die Bestandsaufnahme durch die vorhandene baugebundene Kunst zu erweitern, berät jetzt der Kulturausschuss. Ralf Jäkel, DIE LINKE.PDS, hatte zuvor erklärt, dass viele kleine und große Kunstwerke das Leben in der Stadt bereichern, die es zu erhalten gilt.

## Ständiges

Die ständige Ausstellung Stadtentwicklung war bis 2000 im Stadthaus in der

Friedrich-Ebert-Straße beheimatet bis sie dem Bürgerservice weichen musste. Versuche, diese im Alten Rathaus wieder zu beleben, scheiterten u. a. daran, dass der Flächenbedarf von ca. 400 m<sup>2</sup> die räumlichen Möglichkeiten des Alten Rathauses übersteigen würde, sagte die Verwaltung. Dennoch rechtfertigen das öffentliche Interesse und die Absicht, Potsdam zur Bürgerkommune zu entwickeln, einen Neustart dieser wichtigen Dauerausstellung. Nachdem jetzt sinnvolle Nachnutzungen für verschiedene Räume im Fachhochschulgebäude gesucht werden, könnte diese wichtige Ausstellung wieder im Zentrum der Stadt etabliert werden. Mit diesen Worten begründete Ralf Jäkel, DIE LINKE.PDS, den Antrag seiner Fraktion, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die verwaltungsseitigen Voraussetzungen für die Wiedereinrichtung der ständigen Ausstellung Stadtentwicklung zu schaffen.

## Bedenkliches

Das Niemeyerbadprojekt steht scheinbar unter keinem guten Stern, so Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE.PDS. Obwohl sich der Förderausschuss des Landes bereits im Dezember 2006 mit dem Projekt beschäftigen sollte, steht eine Entscheidung zur Förderfähigkeit noch immer aus. Deshalb solle man Vorkehrungen dafür treffen, wenigstens eine gut funktionierende, moderne Schwimmhalle dort zu sichern. Deshalb hatte die Linksfraktion den Antrag gestellt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, für den Fall der Ablehnung des Förderantrags zum Freizeitbad am Brauhausberg die Voraussetzungen für die zügige Sanierung der Schwimmhalle mit der Erschließung von Potenzialen zu einer Aufwertung des Standortes zu prüfen und zu sichern. In der Debatte häuften sich die Bedenken, dass ein solcher Antrag ein falsches Signal für die Entscheidung des Förderausschusses sein könnte. Außerdem wurden unter die Gürtellinie gehende Seitenhiebe ausgeteilt. Geschäftsordnungsanträge scheiterten, Für und Wider wurden erwogen und schließlich überwies der Fraktionsvorsitzende der LINKE.PDS den Antrag zur dringlichen Erledigung an den Hauptausschuss.

## Veränderbares

Peter Kaminski, DIE LINKE.PDS, verwies bei der Einbringung des entsprechenden Antrages seiner Fraktion auf eine kürzlich stattgefundene Bürgerversammlung im Ortsteil Groß-Glienicke, in der sich eine deutliche Mehrheit für die Reduzierung des Baufensters von derzeit 500 m<sup>2</sup> auf 240 m<sup>2</sup> im Bereich des Sondergebietes Badewiese ausgesprochen hatte. Damit würden Voraussetzungen geschaffen, den Bereich der Badewiese mit einem kleinen Café und

*Fortsetzung rechts*

## () Stadtverordnete der Fraktion Die Linke.PDS fragten – die Verwaltung antwortete

Ob es denkbar ist, dass in Gesprächen mit dem ViP erreicht werden kann, dass Kinder ab dem 6. Lebensjahr bis zu ihrem Schuleintritt ganztägig die VBB-Umweltkarte der Eltern nutzen können, wollte Sigrid Müller, DIE LINKE.PDS wissen. Namens des OB erläuterte der Bürgermeister, das es bei Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahr eine klare Regelung gäbe. Das hier angesprochene Problem sei noch nicht an den ViP herangetragen worden, ausgehend von der Anfrage werde man prüfen, ob es eine Regelungslücke gibt, die, sollte es sie geben, »unbürokratisch« geschlossen werden würde. Man werde in absehbarer Zeit im VBB-Tarif auf Kulanz agieren.

()

Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE.PDS, fragte nach dem Abschluss der Bauarbeiten in der Wichgrafstraße. Die zuständige Beigeordnete antwortete, dass diese Arbeiten eine Gemeinschaftsmaßnahme von EWP, Stadtkontor und Sanierungsträger seien, die vertraglich zum 30. September 2007 abgeschlossen sein sollen. Etwaige Verzögerungen seien ihr nicht bekannt. Auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, dass die Anwohner davon ausgingen, dass Ende 2006 die Bauarbeiten abgeschlossen sein sollten, meinte die Beigeordnete, dass es dann eventuell Informationsdefizite gäbe. Sie werde jedoch den Hinweis des Fragestellers aufnehmen

und prüfen, ob die Anwohner tatsächlich Straßenreinigungsgebühren zahlen müssten, obwohl die Straße bis zum Abschluss der Arbeiten nicht gereinigt werden könne.

()

Auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, welche Aktivitäten es bisher seitens der Stadtverwaltung zur Inanspruchnahme der so genannten Experimentierklausel zur Auftragsvergabe gibt, antwortete der Bürgermeister, dass man in Potsdam – im Unterschied zu anderen Kommunen (d. A.) – abwarten wolle, was die Landesregierung dazu vorlegt.

()

Wie und auf wessen Veranlassung der Austausch ungeschützter Papierkörbe im öffentlichen Raum vorgenommen wird, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Die zuständige Beigeordnete erläuterte, dass derzeit die Standorte der Papierkörbe genau analysiert würden. Über das Ergebnis werde man im Ordnungsausschuss berichten. Die Reinigung der Papierkörbe sei eine freiwillige kommunale Aufgabe und so müsse die Reinigung sinnvoll erfolgen. Auf Nachfrage stellte die Beigeordnete klar, dass die Papierkörbe, die sich im öffentlichen Straßenbereich befänden vom Geschäftsbereich der Sozialbeigeordneten und diejenigen im Grünbereich vom Bereich der Baubeigeordneten verwaltet und bewirtschaftet werden. Hans-Jürgen

Scharfenberg regte an, dass hier über eine einheitliche Bewirtschaftung und Mitteleinstellung nachgedacht werden sollte.

()

Ob die Verwaltung Möglichkeiten sieht, die Umlaufzeit der Lichtsignal-Steuerung in der Kastanienallee/Geschwister-Scholl-Straße dem Bedarf angepasst etwas kürzer einzustellen, wollte Ralf Jäkel, DIE LINKE.PDS, wissen. Die Baubeigeordnete sicherte zu, dass dies bis zum 13. April 2007 erfolgen würde, da Messungen der Verwaltung ergeben hätten, dass die derzeitige Umlaufzeit von 105 Sekunden zu viel sein und auf 75 Sekunden reduziert werden sollte. Beim Austausch der Steuerung werde man zudem darauf achten, dass dies behindertengerecht erfolgt.

()

Jana Schulze, DIE LINKE.PDS, wollte wissen, wie viele der derzeit befristeten Arbeitsverhältnisse von angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PAGA rechtzeitig vor Ablauf der Befristung entfristet werden. Dies sei kompliziert, so die zuständige Beigeordnete. Per 1. Januar 2007 waren von den 174 Arbeitsverhältnissen 61 befristet. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, werden 32 davon zum Jahresende auslaufen. Die Stadtverwaltung dränge jedoch weiter auf Entfristung.

()

Welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zugewinn des ländlichen Raumes um die Landeshauptstadt Potsdam in geeigneter Weise am integrierten Stadtentwicklungskonzept (Insek) teilhaben zu lassen, wollte Rolf Kutzmutz, DIE LINKE.PDS, in Erfahrung bringen. Dies sei ein wichtiger Faktor für die Stadtverwaltung, so die Baubeigeordnete, zumal die neuen Ortsteile tatsächlich einen solchen Zugewinn nach Potsdam gebracht hätten. Die Förderung erfolge weiter im Rahmen von EU-Programmen, da neue Ortsteile im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes kein ländlicher Raum sind und auch nicht der Städteförderung unterliegen.

()

Auf die Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE.PDS, in wessen Eigentum die mit der Fachhochschule bebauten Grundstücke zurückfallen, wenn die öffentliche Nutzung des Gebäudes aufgegeben wird bzw. dessen Abriss erfolgt, antwortete die zuständige Beigeordnete, dass sowohl Grundstück als auch Fachhochschule sich im Eigentum des Landes Brandenburg befinden. Erst nach dem Umzug der Fachhochschule in die Pappelallee muss darüber entschieden werden, wie es weitergeht. Da sich die Grundstücke seit 1972 in öffentlicher Nutzung befinden, so die Baubeigeordnete, entfallen Restitutionsansprüche.



### Zur Wiedervorlage

Sanitäranlagen bebauen zu können. Deshalb beantragte die Linksfraktion die Änderung des B-Planes Nr. 8 und den Erlass einer Veränderungssperre, womit sich jetzt die zuständigen Ausschüsse befassen werden.

### Wiederherstellbares

Die von Norden nach Süden durch die Ortsteile Uetz-Paaren und Marquardt verlaufende Wublitzrinne wurde durch die Dammaufschüttung für den Autobahnbau 1935 unterbrochen. Während bei der 1905 fertig gestellten Zufahrtsstraße nach Uetz eine heute noch funktionierende Verrohrung vorgenommen wurde, fehlt eine solche unter der Autobahn. Neben einer Beschleunigung der Verhandlungsprozesse wird im Jahresbericht 2006 des Naturschutzbeirates auch die schlechte Wasserqualität als eine Folge der Unterbrechung genannt. U. a. vor diesem Hintergrund begründete Wolfgang Grittner den Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS, den Oberbürgermeister zu beauftragen, den vom Naturschutzbeirat der Landeshauptstadt Potsdam im Jahresbericht 2006 empfohlenen Anschluss der Oberen Wublitz wieder herstellen zu lassen.



### Übrigens ...

... wird in Potsdam künftig im Sinne der Entwicklung zur Bürgerkommune die »konsultative und informelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen kommunalen Entscheidungen als ergänzendes Demokratieelement schrittweise weiter ausgebaut werden«, so durch ein erweitertes Verfahren zum Bürgerhaushalt und eine intensive Bürgerbeteiligung am integrierten Stadtentwicklungskonzept. Bemerkenswert ist, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vehement gegen ein solches Verfahren aussprach.



## Angenommen

### Wirtschaftseinheiten

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in der Arbeitsgruppe Wohnkosten prüfen zu lassen, inwieweit Kostensenkungspotenziale zur Verringerung von Bewirtschaftungskosten gefunden werden können. Im Oktober 2007 ist der StVV darüber zu berichten. Die Sozialisten hatten ursprünglich beantragt, ab 2007 probeweise damit zu beginnen, in Potsdam auf vertraglicher Grundlage zwischen der Landeshauptstadt, interessierten Wohnungsunternehmen und kommunalen sowie privaten Dienstleistern der Abfallentsorgung, Straßen- und Gehwegreinigung, des Winterdienstes und der Grünanlagenpflege Straßenbereiche und Grundstücke in gemeinsamen Bewirtschaftungseinheiten so zusammenzufassen, dass die jeweiligen Dienstleistungskapazitäten am effektivsten und mit den niedrigsten Kosten eingesetzt werden können. Doch für dieses Ansinnen fand sich jedoch keine Mehrheit, so dass im Hauptausschuss der dann beschlossene gemeinsame kleinste Nenner gefunden wurde. Anlass für Siegmund Krau-

se, DIE LINKE.PDS, in der abschließenden Debatte darauf zu verweisen, dass der Beschlussvorschlag des Ausschusses »die freundliche Ablehnung unseres Antrages ist«, was ihm die Erwiderung eines SPD-Abgeordneten einbrachte, dass der Antrag »überflüssig, in der Ausschussfassung jedoch wenigstens unschädlich« sei.

### Verkehrskonzept

Der Oberbürgermeister wurde auf Antrag der Linksfraktion beauftragt, die Bitte der Stadt Potsdam an das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung heranzutragen, den politischen Handlungsträgern einen anderen Verfahrensvorschlag zur Zusammenführung der Verkehrsentwicklungspläne der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark zu einem integrierten Verkehrskonzept zu unterbreiten und diesen Prozess moderierend zu unterstützen.

### Rundweg

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS muss der Oberbürgermeister prüfen, wie ein Lückenschluss des Rundweges für

Fußgänger um den Fahrländer See realisiert werden kann. Dazu soll auch die Anlage eines Steges über dem Wehr in Verlängerung der Mole geprüft werden. Ralf Jäkel hatte darauf verwiesen, dass sich dieser Antrag gut in das Themenjahr »Potsdam-Stadt am Wasser« einpasst. Zu bemerken ist noch, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung der Stimme enthielt.

### Verwaltungsreform

Im Oktober 2007 wird der Oberbürgermeister eine Bilanz der Verwaltungsreform vorlegen. Dies setzte die Linksfraktion durch, nachdem Hans-Jürgen Scharfenberg deutlich gemacht hatte, dass die im Rahmen der Reform durchgeführten Maßnahmen im Zusammenhang mit den dadurch erzielten Wirkungen darzustellen sind. Bislang werde hier zu wenig nach den Effekten für die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Der Oberbürgermeister bemühte sich zwar darzustellen, dass die Verwaltungsreform erfolgreich vorangetrieben werde, räumte dann jedoch ein, dass es auf Informationsdefizite zurückzuführen sein könnte, wenn dies nicht offensichtlich sei.

### Holzfeuer

Kurz vor den traditionellen Osterfeuern setzten die Fraktionen BürgerBündnis/FDP und DIE LINKE.PDS gemeinsam durch, dass der Oberbürgermeister beauftragt wurde, gemäß dem am 26.02.2007 wieder in Kraft gesetzten »Lagerfeuererlass« das Abbrennen von Holzfeuern zuzulassen. Diese Regelung soll bis zum Vorliegen einer neuen landesweiten Rechtsverordnung zunächst nach den Regeln des alten Erlasses praktiziert werden.



## Was – wann – wo

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE. PDS in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, R. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr, 16.; 23. und 30. April ; 7. und 14. Mai 2007

### 36. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal, 02. Mai 2007, Beginn 13 Uhr

### Frühschoppen »Rathausreport live«

Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistr. 37/39, Am Stern, 6. Mai 2007, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe »Rathausreport« Nummer 4/2007

Stadthaus, Raum 3.107, 11. bis 16. Mai 2007 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände DIE LINKE. PDS in den Stadtteilen

11. Mai 2007: 14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost  
14:30 Uhr Keplerplatz, Am Stern  
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg  
15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II  
16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center Drewitz  
12. Mai 2007: 10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld  
10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz  
10:00 Uhr Markthalle Breite Straße

### Matinee aus Anlass des 100. Geburtstages von Karl Schirdewan

Im Alten Rathaus in Potsdam (Alter Markt), 13. Mai 2007; 10:30 Uhr bis 13 Uhr

### Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL)

22. Mai 2007, von 18-20 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen), Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: pdsscharfenberg@aol.com



## Abgelehnt

### Museumsstandort

Das Gebäude der Fachhochschule wird nicht in die Überlegungen zur Standortfindung für das Potsdam-Museum einbezogen. Ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS wurde mit 16 zu 23 Stimmen abgelehnt. Karin Schröter, DIE LINKE.PDS, regte an, gemeinsam mit dem Land, das nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürfe, in einem Workshop die Möglichkeiten zu erkunden, wie auf der Grundlage des städtebaulichen Leitbildes die Fachhochschule als Ganzes oder Gebäudeteile auch weiterhin genutzt werden können. Teile des Schaufensters könnten beispielsweise für die wiederholt geforderte ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung genutzt werden. Der Varianten gäbe es viel, so Karin Schröter.

Da der

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.PDS Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Linkspartei.PDS-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE LINKE.PDS-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119